

## Gestaltungsmacht in Mittelost (I) 09.12.2015



**BAGDAD/ERBIL/BERLIN** (Eigener Bericht) - Deutschland steigt mit seinem Kriegseinsatz in Syrien und im Irak zur "Gestaltungsmacht im Nahen und Mittleren Osten" auf. Dies erklärt ein Regierungsberater von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Demnach werde die in der vergangenen Woche beschlossene Syrien-Intervention der Bundeswehr womöglich zehn

Jahre andauern und mit dem Bemühen um "eine langfristige politische Neuordnung" der gesamten Region verbunden sein. Als Eckpunkte für eine derartige "Neuordnung" können die militärischen Verbände gelten, die die Bundesregierung als Bodentruppen für den Krieg gegen den "Islamischen Staat" (IS, Daesh) ausrüstet und trainiert. Im Irak sind dies die Milizen der nordirakisch-kurdischen Regionalregierung, während die regulären Streitkräfte von Berlin kaum unterstützt werden: Die Regierung in Bagdad verfügt über gute Beziehungen zu Iran und zu Russland, während die nordirakisch-kurdische Regionalregierung als loyal gegenüber dem Westen gilt. Der Präsident der Regionalregierung, Masud Barsani, mit dem Außenminister Frank-Walter Steinmeier am gestrigen Dienstag zusammengetroffen ist, hält sich seit August illegal per kaltem Putsch im Amt und lässt Proteste blutig niederschlagen. Die Aufrüstung seiner Peschmerga durch Berlin versetzt ihn auf lange Sicht in die Lage, einen Staat "Irakisch-Kurdistan" auszurufen.

### Neuordnung per Krieg

Deutschland steigt mit seinem neuen Kriegseinsatz in Syrien, der auch Aufklärungsflüge über dem Irak vorsieht, zur "Gestaltungsmacht im Nahen und Mittleren Osten" auf. Dies erklärt Markus Kaim von der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik der vom Kanzleramt finanzierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Kaim zufolge ist der Einsatz der Bundeswehr keine kurze Intervention, sondern "über die nächsten Jahre" hin angelegt; Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) spreche "von zehn Jahren". In jedem Fall benötige man "strategische Geduld". Die militärischen Operationen seien dabei mit Bemühungen um "eine langfristige politische Neuordnung" verbunden. Deutschland verpflichte sich "im Verbund mit anderen Ländern", "für lange Zeit militärisch und vor allem politisch" in der Region zu operieren. Dass Berlin mit einer "Ordnungsvorstellung" über einen langen Zeitraum intervenieren wolle, sei "neu für die deutsche Politik": "Das kannten wir so bisher nicht." [1]

### Einheimische Bodentruppen

Kaim benennt in einem Interview, das in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde, Eckpunkte der Berliner "Ordnungsvorstellung" für den Nahen und Mittleren Osten. Demnach kommt das internationale Militärbündnis gegen den "Islamischen Staat" (IS, Daesh) "an Bodentruppen nicht vorbei". Die Entsendung westlicher Heerestruppen stehe keinesfalls zur Debatte, erklärt Kaim, der dabei offenkundig den Einsatz einiger weniger Spezialkräfte unberücksichtigt lässt, die schon jetzt im Krieg gegen den IS/Daesh operieren. "Eine gemeinsame Armee unter Führung der Arabischen Liga" sei zwar "grundsätzlich ... vorstellbar", im konkreten Fall aber wegen der Differenzen innerhalb der arabischen Welt über die Zukunft Syriens nicht zu realisieren. Deshalb bleibe nur die Möglichkeit, "lokale Kräfte auszurüsten": "Das sind auf syrischer Seite die Kurden und gemäßigte Rebellen, auf irakischer Seite die Kurden und sunnitische Milizen." [2] Die syrischen wie auch die irakischen Regierungstruppen zählt Kaim nicht dazu.

### Ungleiche Unterstützung

Entsprechend operiert die Bundesregierung. Nach einem Irak-Besuch von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Ende Oktober hat nun auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier in den vergangenen Tagen das Land bereist und, wie zuvor seine Kabinettskollegin, erst der Regierung in Bagdad, dann der nordirakisch-kurdischen Regionalregierung in Erbil die Weiterführung der deutschen Unterstützung zugesagt. In der Praxis gestaltet sich Berlins Unterstützung allerdings sehr ungleich: Die nordirakisch-kurdische Regionalregierung bekommt

umfangreiches Kriegsgerät und ausführliches Training für ihre Milizen ("Peschmerga"), während die irakische Regierung für die offiziellen Streitkräfte lediglich Schutzausrüstung in recht beschränktem Umfang erhält. Man traue der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad nicht über den Weg, heißt es zur Begründung. In der irakischen Hauptstadt stößt die Ungleichbehandlung auf Protest: Mitte November stoppten die irakischen Behörden wegen angeblich falscher Ladepapiere zwei Transall-Flieger der Bundeswehr, die mit Bargeld und militärischem Material auf dem Weg nach Erbil in Bagdad zwischenlandeten. Die irakische Maßnahme rief heftige diplomatische Auseinandersetzungen hervor.

### Geostrategische Differenzen

Hintergrund der Ungleichbehandlung sind geostrategische Differenzen. Die irakische Regierung verfügt über gute Kontakte zu Iran und auch zu Russland. Ende September gab ein Sprecher der irakischen Regierung bekannt, in Zukunft würden die Geheimdienste des Irak, Irans, Russlands und Syriens im Kampf gegen den IS/Daesh enger kooperieren: Man werde in einem gemeinsamen Ausschuss nachrichtendienstliche Erkenntnisse austauschen und sie gemeinsam analysieren.[3] Zwar werden deutsche Diplomaten mit der Aussage zitiert, die Geheimdienstkooperation finde "in wesentlich geringerem Umfang statt", als Moskau es wünsche; doch hat der irakische Außenminister Ibrahim al Jaafari am Dienstag beim Besuch seines deutschen Amtskollegen offiziell bestätigt, im aktuellen Streit mit der Türkei um die nicht genehmigte Stationierung türkischer Panzer auf irakischem Territorium werde Bagdad, sollte der Westen sich der Sache nicht annehmen und die Türkei nicht nachgeben, Russland um Beistand bitten.[4] Demgegenüber ist der Barzani-Clan, der die nordirakisch-kurdische Regionalregierung in Erbil dominiert, umstandslos zur Kooperation mit dem Westen bereit. Im Gegenzug erhält er umfassende Unterstützung aus Berlin. Außenminister Steinmeier hat gestern in Gesprächen mit Masud Barzani, dem Präsidenten der Regionalregierung, angekündigt, Deutschland werde die militärische Unterstützung weiterführen: "Wir sind entschieden, die Zusammenarbeit mit Ihnen und den Peschmerga fortzusetzen."[5]

### Ein kalter Putsch

Dies ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Zum einen ist Masud Barzani, dem Steinmeier am gestrigen Dienstag weitere deutsche Unterstützung zugesagt hat, seit einiger Zeit heftigen Protesten ausgesetzt. Er hätte eigentlich das Amt des Regionalpräsidenten nach zwei regulären Amtszeiten im Jahr 2013 aufgeben müssen. Im August 2013 verlängerte das Regionalparlament einmalig seine Präsidentschaft bis zum August 2015. Barzani beansprucht den Posten jedoch auch noch nach Ablauf dieser Frist für sich. Im Oktober kam es zu Massenprotesten gegen ihn und seine Partei KDP (Kurdistan Democratic Party), bei denen sechs Menschen ums Leben kamen. Der Präsident des nordirakisch-kurdischen Regionalparlaments, Yusif Mohammed Sadiq, darf seit dem 12. Oktober nicht mehr nach Erbil reisen, weil er Barzanis Amtsanmaßung öffentlich kritisiert. Er hat in den vergangenen Tagen in Berlin um "Unterstützung für die Demokratisierung und die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit in Irakisch-Kurdistan" ersucht.[6] Beobachter schließen nicht aus, dass die Auseinandersetzungen in der nordirakisch-kurdischen Autonomieregion weiter eskalieren; viele Bewohner fühlten sich "an die Zeit kurz vor dem Ausbruch des kurdischen Bürgerkriegs in den neunziger Jahren erinnert", wird berichtet.[7] Käme es zu Kämpfen, würden sie nach Lage der Dinge mit deutschen Waffen ausgetragen - in einer Region, deren von Berlin unterstützter Präsident in einer Art kaltem Putsch illegal die Macht bei sich hält.

### Die Eigenstaatlichkeit

Zum anderen haben der Barzani-Clan und die Regionalregierung in Erbil allen anderslautenden Bekenntnissen zum Trotz das Streben nach Abspaltung vom Irak und nach Eigenstaatlichkeit nie aufgegeben. Zwar hat Außenminister Steinmeier gestern nach Gesprächen mit Barzani öffentlich gefordert, die staatliche Einheit des Irak müsse gewahrt bleiben. Hinter den Kulissen sind jedoch auch in Berlin andere Töne zu vernehmen. Die kurdischsprachige Bevölkerung des Nordirak habe "jetzt schon mehr Freiheiten und Selbstbestimmung, als die Verfassung des Irak es ihnen zubilligt", urteilt Günter Seufert, ein Türkei- und Nahost-Experte der SWP: "Sie werden nicht zurückstecken." Ihre "Eigenstaatlichkeit" werde sich "in den nächsten zehn Jahren deutlich weiterentwickeln".[8] Nicht nur militärisch geschieht dies schon jetzt - in enger Anlehnung an die Bundesrepublik, die Erbil seit langer Zeit unterstützt (german-foreign-policy.com berichtete [9]) und von einem neuen Staat "Irakisch-Kurdistan" entsprechende Loyalität erwarten könnte.

Mehr zum Thema: [Truppensteller für Syrien](#) , [Die neuen Barbaren](#) , [Ein Feuerring bis](#)

[Mali](#) , [Ein Rückschlag für Syrien](#) , [In den nächsten Krieg](#) und [Krieg ohne Grenzen](#) .

[1], [2] "Deutschland wird zur Gestaltungsmacht im Nahen Osten". [www.zeit.de](#) 02.12.2015.

[3] Russland schließt Geheimdienstbündnis mit Irak, Iran und Syrien. [www.zeit.de](#) 27.09.2015.

[4] Majid Sattar: Ein ganz schmaler Grat. [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) 08.12.2015.

[5] Steinmeier stellt Hilfe in Aussicht. [www.fr-online.de](#) 08.12.2015.

[6] Kurdischer Parlamentspräsident bittet um mehr Waffen. [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) 08.12.2015.

[7] Inga Rogg: Kurden protestieren gegen Barsani. [www.taz.de](#) 19.10.2015.

[8] Syrien-Konflikt: Interview mit Nahost-Experte Günter Seufert. [www.swp.de](#) 04.12.2015.

[9] S. dazu ([Irakisch](#)) [Kurdistan](#) , [Von Bagdad nach Erbil \(I\)](#) , [Partnerpflege in Mittelost](#) und [Von Kurdistan nach Alawitestan](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)